

# dbb Hessen Nachrichten

NUMMER 5 2025

MAI 2025

Habemus Kanzler – und ein neuer Papst ist auch gewählt. Zwei herausragende Personalentscheidungen konnten in den vergangenen Wochen getroffen werden. Während uns die Papstwahl inhaltlich nur relativ peripher tangiert, faszinieren vor allem deren Pomp. Auf allzu viel Pomp hätte Neukanzler Friedrich Merz sicher gerne verzichtet. Erstmals brauchte es für die Kanzlerwahl einen zweiten Wahlgang – kaum länger brauchten die Kardinäle, um Leo XIV ins Amt zu wählen. Mal schauen, wer den besseren Start hinlegt.

## Abgelehnt: Klare dbb-Position zu Bas-Vorschlag



Die Diskussion um eine Überführung von Beamten in die gesetzliche Rentenversicherung wurde vor einigen Tagen von der neuen Arbeitsministerin Bärbel Bas (SPD) erneut aufgegriffen. Aus Sicht vieler Experten – **darunter das Institut der deutschen Wirtschaft (IW)** – wäre ein solcher Schritt nicht nur rechtlich bedenklich, sondern auch finanziell und gesellschaftspolitisch kontraproduktiv. Die aktuellen Zahlen und Argumente sprechen eine deutliche Sprache.

### Statusrechtliche und verfassungsrechtliche Grundlagen

„Das Berufsbeamtentum basiert auf Art. 33 GG und wird nach den sog. hergebrachten Grundsätzen des Berufsbeamtentums ausgestaltet. Dazu zählen u. a. das Lebenszeitprinzip, das Streikverbot und die amtsangemessene Alimentation. Die Beamten und der Staat stehen in einem besonderen, öffentlich-rechtlichen Dienst- und Treueverhältnis zueinander. Berufsbeamtinnen und -beamte binden sich grundsätzlich lebenslang an ihren Dienstherrn. Sie können bspw. noch disziplinar belangt werden, wenn sie schon längst nicht mehr im aktiven Dienst sind. Im Gegenzug verpflichtet sich der Dienstherr zu lebenslanger, amtsangemessener Besoldung und Versorgung“, sagt der hessische dbb Vorsitzende, Heini Schmitt. Eine unterjährige Abkehr davon ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar. „Das Bundesverfassungsgericht hat mehrfach klargestellt, dass Beamte sich darauf verlassen können müssen, dass sie auch in der Altersruhephase Anspruch auf eine

## Inhaltsverzeichnis

**Bas-Vorschlag zur Rente lehnt der dbb ab** Seite 1

**dbb Jugend hat einen neuen Vorstand** Seite 3

**Verfassungsschutz und das AfD-Gutachten** Seite 4

**Gespräche zum Thema Dienstrecht** Seite 5

**DPoIG Hessen stellt sich neu auf** Seite 6

**Erster Mai: Besuch beim Mahl der Arbeit** Seite 6

**dbb trauert um Waldemar Dombrowski** Seite 7

amtsangemessene Versorgung haben, also keine zusätzliche, private Altersvorsorge betreiben müssen“, so Schmitt.

Deshalb wird für Beamte - im Gegensatz zu Arbeitnehmern – auch keine ergänzende betriebliche Altersversorgung zur Verfügung gestellt.

**Heini Schmitt: “Verfassungsrechtlich bedeutet die Forderung von Frau Bas den Einstieg zur Abschaffung des Berufsbeamtentums!”**

**Langfristige Betrachtung: 60 Jahre im Dienst des Staates**

“In einer durchschnittlichen Betrachtung leisten Beamte rd. 40 Jahre aktiven Dienst. In dieser Zeit erhalten sie eine deutlich niedrigere Besoldung als vergleichbar qualifizierte Arbeitnehmer in der Privatwirtschaft. Die auskömmliche Versorgung in der Altersruhephase ist also die Kehrseite der gleichen Medaille“, so Schmitt weiter. Die Bürgerinnen und Bürger als Steuerzahler bekommen dafür die Garantie, dass die staatlichen Institutionen aufgrund des Streikverbots für Beamte auch in Krisenzeiten zuverlässig funktionieren. “Jeder,

der sich heute über einen Streik der Lokführer aufregt, sollte sich an Diejenigen wenden, die vor vielen Jahren dafür gesorgt haben, dass der Lokführernachwuchs nicht mehr verbeamtet wird!”

### **IW-Rechenbeispiel: Rentenkasse würde zusätzlich belastet**

Das Institut der deutschen Wirtschaft warnt eindringlich vor einer Übernahme der Beamten in die gesetzliche Rentenkasse. Laut einer aktuellen Modellrechnung würde dies die Rentenkasse nicht entlasten, sondern langfristig zusätzlich mit hohen Milliardenbeträgen von rund 20 Milliarden Euro jährlich belasten. Denn Beamte würden zudem zu Leistungsempfängern, ohne dass ausreichende Beiträge im System vorhanden sind – der Generationenvertrag geriete ins Wanken. Der kurzfristige Einspareffekt wäre trügerisch.

### **Staat hat sich bei den Beamten bedient, das Geld aber nicht in gleicher Weise für die Versorgungsaufwendungen angelegt**

„Schon seit den 1950er Jahren hat man den Beamten die volle Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung immer wieder verwehrt. Man hat Tarifabschlüsse gar nicht, verzögert oder abgespeckt übertragen. Man hat über viele Jahre bei jeder Bezügeanpassung 0,2 Prozent abgezogen, um damit Vermögen für künftige Versorgungsverpflichtungen aufzubauen. Allerdings ist das Geld fast vollständig in den allgemeinen Haushalten von Bund und Ländern verschwunden. Jüngst sind in manchen Bundesländern noch vorhandene Versorgungsrücklagen ganz oder teilweise aufgelöst worden. Dies haben die Beamten jedoch nicht zu vertreten. Wenigstens ist die hessische Versorgungsrücklage unangetastet geblieben. Jedoch haben die Beamtinnen und Beamten in Hessen allein durch die Nullrunde 2015 und deren Folgewirkungen den Landeshaushalt bis Ende 2021 um mehr als zwei Milliarden Euro entlastet.

Das waren allesamt skandalöse Vorgänge!

**Wären all die Mittel, die man den Beamten seit Jahrzehnten vorenthalten bzw. abgenommen hat, seriös angelegt worden, dann könnten allein daraus die Versorgungsverpflichtungen zu**

einem nennenswerten Teil bestritten werden. Doch davon scheint Frau Bas offenkundig nichts zu wissen oder nichts wissen zu wollen“, mahnt Schmitt.

Es dürfte doch niemanden mehr verwundern, dass das BVerfG seit 2015 eine deutlich veränderte Rechtsprechung bei den Besoldungsklagen zeigt. Auch der VGH Hessen hat in der Besoldungsklage des dbb Hessen End 2021 klar festgestellt, dass die hessische Besoldung verfassungswidrig zu niedrig ist und hat einen Vorlagebeschluss an das BVerfG gefasst.

Für eine Gesamtbetrachtung soll noch darauf hingewiesen werden, dass Beamte als Steuerzahler den Bundeszuschuss zur Rentenversicherung mitfinanzieren und als Mitglieder der Privaten Krankenversicherung das System der gesetzlichen Krankenversicherung mit entlasten.

### Landesjugendtag: dbb jugend wählt neuen Vorstand

Die hessische dbb jugend hat einen neuen Vorstand. Beim zweitägigen Landesjugendtag, der am 15./16. Mai in der Jugendherberge in Frankfurt stattfand, bestätigten die Delegierten den bisherigen Vorsitzenden **Matthias Berk** (VdB) im Amt. Schatzmeister wurde **Max Heizmann** (DVG), die drei weiteren Stellvertreter sind **Marek Gach** (BSBD), **Maurice Kimmel** (DStG), **Jan Niklas Deutschländer** (komba). Komplettiert wird der Vorstand durch nicht stimmberechtigte Ersatzvertreter. Diese sind **Vanessa Blobel** (DStG), **Tobias Jordan** (BDZ), **Wanja Schläger** (GDL), **Mary Ann Luft** (GDL), **Jonas Seidenspinner** (BPolG), **Hanna Ullrich** (BPolG), **Manuela Heinrich** (VdStra), **Daniel Kuna** (VC) und **Felix Dittmar** (DPVKom).



„Next Level“ hatte das Motto des Landesjugendtags gelautes. Ein Leitspruch, dass man durchaus unterschiedlich zu deuten vermag. Während Matthias Berk in seinem Grußwort zur Öffentlichkeitsveranstaltung auf die sich rasant verändernde Weltlage und den damit einher gehenden neuen Aufgabenstellungen für den öffentlichen Dienst anspielte, hatte der Leitsatz bei **Julika Lückel** Assoziationen aus der Gaming-Welt geweckt. Die stellvertretende

Landesvorsitzende des dbb Hessen überbrachte die Grüße des Dachverbands. Ganz unrecht hat sie sicher nicht, denn im öffentlichen Dienst sind mitunter dieselben Skills wie in einem Computerspiel gefragt: Man muss geschickt sein, Hilfe leisten, Punkte sammeln und mitunter mehrere Anläufe nehmen, um das Ziel zu erreichen. „Das klingt doch bekannt, oder?“ fragte sie und bescheinigte der Jugend das Zeug zum „Gamechanger“ zu haben, um Dinge weiterzuentwickeln und Regeln zu verändern, die nicht mehr zeitgemäß erscheinen.

Bei der anschließenden Podiumsdiskussion diskutierten **Prof. Dr. Walter Seubert** (Präsident der HöMS), **Dr. Christoph Ullrich** (Präsident Regierungspräsidium Gießen), **Markus Kretschmann** (Bürgermeister Riedstadt), **Corinna Sieczka** (Grüne Jugend Hessen) und **Max Heizmann** (dbb jugend) moderiert von **Matti Merker** (Pressesprecher Landkreis Darmstadt-Dieburg)

die Möglichkeiten und Hemmnisse, um den öffentlichen Dienst wettbewerbsfähig zu machen. Als Hemmschuh bei der Effizienz, erweisen sich in der Praxis schleppende Digitalisierung und überbordende bürokratische Vorschriften, die bei der täglichen Arbeit zu berücksichtigen sind. Hätten sie einen Wunsch frei, gewissermaßen als Sofortmaßnahme, dann würde sich beispielsweise Markus Kretschmann eine Verschlinkung des Datenschutzes wünschen. Konkret wäre es aus seiner Sicht wünschenswert, wenn einmal erhobene Daten multifunktional innerhalb einer Verwaltung genutzt werden dürften. Dr. Christoph Ullrich würde sich mehr Tempo bei Softwareumstellungen wünschen, um „eine EDV-Lösung so implementieren zu können wie in der freien Wirtschaft und ohne 1000 Beteiligte“.

Spontanen Applaus bekam Corinna Sieczka für ihren Wunsch einer verfassungskonformen Besoldung und dass Statusgruppen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Darüber hinaus verspricht sie sich von einem bedingungslosen Grundeinkommen die Chance, viele bislang unabhängige Maßnahmen so bündeln zu können, dass dadurch Personalkapazitäten frei würden. Prof. Dr. Walter Seubert wünschte sich bezahlbaren Wohnraum in Großstädten und mehr Flexibilität im Beamtenrecht – gerade was Unterbrechungen und Quereinstiege in Laufbahnbiographien betrifft. Max Heitzmann fände,



ähnlich wie Markus Kretschmann eine gemeinsame Datennutzung unterschiedlicher Stellen gut. Außerdem wünscht er sich mehr Verständnis und Wertschätzung seitens des Dienstherrn.

### **Pressemitteilung vom 5. Mai: Umgang mit Neubewertung der AfD durch das BfV**

Beamtinnen und Beamte, die nachweislich nicht auf dem Boden unseres Grundgesetzes stehen, haben im öffentlichen Dienst nichts verloren – das hat der dbb Hessen stets deutlich gemacht. Dies gilt für jegliche Form von Verfassungsfeindlichkeit.

Jedoch droht die öffentliche Diskussion, seit am vergangenen Freitag das Bundesamt für Verfassungsschutz die Partei AfD als flächendeckend rechtsextrem eingestuft hat, nun eine Wendung zu nehmen, die viele Beschäftigte des öffentlichen Dienstes als potenziell rechtsextrem abstempelt. „Das ist in keinem Fall hinnehmbar und eine verzerrte Darstellung“, sagt der Vorsitzende des dbb Hessen, Heini Schmitt.

„Wir würden uns daher eine Versachlichung der reflexartigen, bei den Beamtinnen und Beamten mitunter undifferenziert ankommenden, öffentlichen Debatte wünschen“, sagt Schmitt. Denn eines müsse auch weiterhin gelten: Den Nachweis, dass ein Beamter nicht (mehr) für die freiheitlich-demokratische Grundordnung einsteht, hat der Dienstherr nach den geltenden gesetzlichen Bestimmungen im jeweiligen Einzelfall zu führen und die Entfernung eines Beamten aus dem Dienst darf nur durch die Entscheidung eines Gerichts erfolgen.

Die in den Medien bislang stark auf die Polizei konzentrierte Berichterstattung (bspw. „Mindestens 193 Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte in den 16 Bundesländern zur Überprüfung der Verfassungstreue wg. möglicher rechtsextremer Tendenzen“) könnte angesichts einer Gesamtzahl

von rd. 240.000 Polizeibeamtinnen und -beamten einen falschen Eindruck vermitteln, zumal der Ausgang dieser Verfahren noch nicht feststeht.

Dass jeder einzelne bestätigte Fall von Extremismus einer zu viel ist oder wäre, steht außer Frage, wobei sich die Betrachtung natürlich auf die Gesamtheit der rd. 1,8 Mio. Beamtinnen und Beamten in Deutschland erstrecken muss.

Nach herrschendem Dienstrecht dürfen sich auch Beamte privat politisch betätigen, müssen dabei aber Mäßigung wahren. Ein wesentlicher Aspekt des Berufsbeamtentums ist dabei das uneingeschränkte Bekenntnis zur Verfassung, zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung und zur politischen Treuepflicht.

„Allerdings ist für den dbb Hessen auch völlig klar: Wenn eine Beamtin bzw. ein Beamter nachweislich durch ihr bzw. sein inner- oder außerdienstliches Verhalten zu erkennen gibt, dass sie oder er nicht mehr verfassungstreu ist und extremistische Bestrebungen verfolgt, dann muss die Entfernung aus dem Dienst betrieben werden, und zwar nach rechtsstaatlichen Maßgaben“, sagt Schmitt. Dies bedeutet: Nach einem sorgfältigen Ermittlungsverfahren und durch die Entscheidung eines Gerichts, denn die Entfernung aus dem Dienst bedeutet für einen Beamten auch den Verlust sämtlicher Versorgungsansprüche. „Das gilt für uns auch für jede extremistische Bestrebung, ob am rechten oder linken politischen Rand, ob mit islamistischen Bezügen oder wie auch immer“, stellt Schmitt klar.

„Die Möglichkeit der Entfernung aus dem Dienst mittels einer Verwaltungsentscheidung ohne vorherige Anrufung des Gerichts, wie sie jüngst Innenministerin Faeser mit einer Novelle des Bundesdisziplinargesetzes für Bundesbeamte geschaffen hat, lehnen wir mit aller Entschiedenheit ab“, so Schmitt. „Die vormals im Bund und nach wie vor in den allermeisten Bundesländern herrschenden gesetzlichen Möglichkeiten sind völlig ausreichend. Alle notwendigen Maßnahmen sind mit den bereits vorhandenen Gesetzen durchzusetzen.“

Der hessische Innenminister hat eine Initiative in der IMK angekündigt, um die Frage zu prüfen, inwieweit eine AfD-Mitgliedschaft mit dem Beamtenstatus vereinbar sei. Bayern will dieser Initiative folgen.

Diese Frage dürfte in der Tat nicht ohne Weiteres eindeutig zu beantworten sein, denn am Ende soll ja gerichtsfest die fehlende Verfassungstreue im Einzelfall nachgewiesen werden.

Eindeutiger dürften Sachverhalte zu werten sein, in denen eine Beamtin bzw. ein Beamter sich aktiv als Funktionär der AfD in der Öffentlichkeit präsentiert. Es dürfte klar sein: Niemand kann sich vorstellen, dass Herr Höcke eines Tages wieder als Lehrer vor einer hessischen Schulklasse unterrichtet. Und dies könnte nach unserer Überzeugung mit den bestehenden gesetzlichen Bestimmungen auch zuverlässig verhindert werden.

## Gespräch zu aktuellen dienstrechtlichen Themen



Am 7. Mai fand in den Räumen der dbb-Landesgeschäftsstelle ein Gespräch zu aktuellen dienstrechtlichen Themen statt. Der Leiter der Abteilung 1 (Dienstrecht und Tarifrecht) im Innenministerium, **Herr Gortner**, war in Begleitung von **Frau Dobelmann**, **Herrn Malachinski** und **Herrn Ravizza**, der Einladung des Landesvorsitzenden des dbb Hessen, **Heini Schmitt**, gerne gefolgt. Seitens des dbb Hessen nahmen außerdem die Vorsitzende des Dienstrechtsausschusses, **Julika Lückel**, die

Vorsitzende der Frauenvertretung, **Sonja Waldschmidt** sowie die Rechtsanwältin des dbb Hessen, **Dr. Andrea Fischer**, teil.

## DPoIG-Hessen stellt sich personell neu auf

Die DPoIG Hessen hat sich neu aufgestellt – und das mit Rückenwind aus den Reihen der Basis: Beim zweitägigen Landeskongress vom 8. bis 9. Mai im Hotel Esperanto in Fulda trafen sich Delegierte aus zwölf hessischen Kreisverbänden, um gemeinsam Weichen für die Zukunft zu stellen (Foto: Windmüller).



Schon am ersten Tag stand ein bedeutender Umbruch an: Nach dem Rückzug des bisherigen Vorsitzes wurde **Alexander Glunz** mit großer Zustimmung zum neuen Landesvorsitzenden gewählt. Ihm zur Seite stehen künftig **Manuel Stoll** und **Tanja Maruhn** als stellvertretende Landesvorsitzende. Der zweite Kongresstag startete mit einem Besuch von Hessens Innenminister **Prof. Dr.**

**Roman Poseck**. Er nahm sich ausführlich Zeit für den Austausch mit der DPoIG Hessen. In seiner Rede lobte er das Engagement und die Haltung der hessischen Polizei: „Was die Kolleginnen und Kollegen Tag für Tag leisten, beeindruckt mich zutiefst – ob Streifendienst, Einsatzhundertschaft oder Verwaltung. Es ist diese Mischung aus Professionalität und Empathie, die unsere Polizei auszeichnet.“ **Heini Schmitt**, Landesvorsitzender des dbb Hessen, fand deutliche Worte zur Verschiebung der Besoldungserhöhung, die natürlich auch angesprochen wurde: „Diese Maßnahme hat Spuren hinterlassen. Wer Vertrauen will, darf es nicht mutwillig verspielen.“

Der bisherige Vorsitzende **Björn Werminghaus** wird aber weiterhin die DPoIG Hessen im Landesvorstand des dbb Hessen vertreten.

Quelle: DPoIG Hessen

## Mahl der Arbeit: Gute Reden und etwas Arbeiterfolklore



Bei Herausgehen stimmten einige doch noch die Arbeiterhymne „Internationale“ an – doch der Drang zum Buffet war dann doch für Einige stärker. Doch das „Mahl der Arbeit“, zu dem die Stadt Frankfurt seit einigen Jahren schon in ihre Gut Stubb, den Kaisersaal im Römer einlädt, ist dann doch noch etwas mehr, als nur ein Freibierevent – dafür sorgte vor allem die Rede von Oberbürgermeister Mike Josef. Einige Tage, bevor das Bundesamt für Verfassungsschutz die Heraufstufung der AfD als „gesichert rechtsradikal“ verkündete und damit die öffentliche Diskussion erneut befeuerte, mahnte

Josef die rund 300 Gewerkschafter (darunter zwei vom dbb Hessen, nämlich die Frauenvertreterin Sonja Waldschmidt und Pressesprecher Andreas Nöthen) dazu, alles Demokratische zu tun, um sich dem wachsenden rechtsextremen politischen Spektrum entgegenzustellen. Ein wenig Arbeiterfolklore durfte aber auch noch sein. Der Chor der Musterschule trug sehr gekonnt Lieder wie „Bella Ciao“ vor.

## Zahl der Unfälle mit E-Scootern steigt das sechste Jahr in Folge

Die Zahl der Verkehrsunfälle bei denen E-Scooter involviert sind, sind das sechste Jahr in Folge stark gestiegen. 2024 registrierte die Polizei in Hessen 1081 solche Unfälle und damit mehr als 20 Prozent mehr als noch im Vorjahr. Ein Unfall endete tödlich. Das berichtet die **FAZ** und beruft sich auf Innenminister **Roman Poseck**, der vor wenigen Tagen die hessische Verkehrsstatistik vorstellte. Laut Poseck ist mangelnde Verkehrstüchtigkeit die Hauptursache für die Unfälle. Vor allem in Frankfurt würden die Roller gerne als Transportmittel zu Partys benutzt. Der dbb Hessen bemängelt seit längerem den Wildwuchs bei der Nutzung von E-Scootern im Straßenverkehr. „Mit der Erlaubnis des massenhaften Betriebs dieser Geräte wurde ohne Not ein Risikofaktor im Straßenverkehr geschaffen, der kaum beherrschbar ist“, sagt der hessische dbb Landesvorsitzende, **Heini Schmitt**.

## Der dbb trauert um Waldemar Dombrowski

**Waldemar Dombrowski, der Zweite Vorsitzende und Fachvorstand Beamtenpolitik des dbb, ist am 18. Mai 2025 nach schwerer Erkrankung im Alter von 62 Jahren verstorben.**

„Waldemar Dombrowski wurde wegen seiner Kompetenz, Erfahrung und seiner Persönlichkeit bei allen Kolleginnen und Kollegen sehr geschätzt. Die Interessen der Beschäftigten der Bundesagentur für Arbeit und des gesamten öffentlichen Dienstes hat er jahrzehntelang mit großer Leidenschaft vertreten. Als Gewerkschafter ging er Konflikten nicht aus dem Weg, bewahrte sich aber immer seine freundliche und verbindliche Art und stand für ein faires Miteinander. Wir sind in dieser schweren Zeit in Gedanken bei seinen Angehörigen und werden Waldemar Dombrowski ein ehrendes Andenken erhalten“, sagte der dbb Bundesvorsitzende Ulrich Silberbach am 20. Mai 2025.

Waldemar Dombrowski wurde am 9. Dezember 1962 in Szczytno geboren, war Witwer und hinterlässt zwei erwachsene Kinder.

1985 hat Waldemar Dombrowski nach seinem Abschluss als Diplom-Verwaltungswirt als Sachbearbeiter, Arbeitsvermittler und Berufsberater beim Arbeitsamt in Dortmund angefangen. 1991 folgte der Wechsel zur Bundesagentur für Arbeit nach Nürnberg. Dort setzte er seine berufliche Laufbahn in verschiedenen Funktionen fort und war zuletzt - bis zu seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik im Juni 2024 - Vorsitzender der Geschäftsführung der BA in Bad Hersfeld/Fulda.

Seine gewerkschaftliche Tätigkeit begann Waldemar Dombrowski 1997 als Mitglied in der vbba – Gewerkschaft Arbeit und Soziales. Dort war er unter anderem von 1998 bis 2002 Stellvertretender Bundesvorsitzender und wurde am 25. Oktober 2002 erstmalig zum Bundesvorsitzenden gewählt. Diesem Amt blieb er treu und legte es erst nach seiner Wahl zum dbb Fachvorstand Beamtenpolitik nieder.

Im dbb auf Bundesebene war Waldemar Dombrowski seit 2002 Mitglied im Bundesvorstand, zeitweise Vorsitzender der Grundsatzkommission für Beamten- und Laufbahnrecht sowie Mitglied der Grundsatzkommission Arbeitsmarkt und Privatisierte Bereiche. Ab Juni 2024 hatte er das Amt als Fachvorstand Beamtenpolitik und Zweiter Vorsitzender inne.

>>> Mehr Informationen unter [www.dbb.de](http://www.dbb.de)

+++++

### WhatsApp-Kanal des dbb: Die neuesten Nachrichten gleich auf das Handy



Es gibt mal wieder etwas Neues! Seit wenigen Tagen können Sie die neuesten Nachrichten aus dem dbb Hessen gleich auf das Handy bekommen – mit unserem neuen **WhatsApp-Kanal**. Also gleich **kostenfrei** und **unverbindlich** abonnieren und nichts mehr verpassen!

Fragen zum Angebot an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++



## Werbung: Zur sicheren Baufinanzierung mit der dbb Vorteilswelt

Der Wunsch nach Eigenheim oder Eigentumswohnung ist für viele ein zentrales Lebensziel. Doch der Weg dahin ist lang und mit Hürden verbunden. Gestiegene Zinsen und hohe Immobilienpreise stellen Kreditinteressierte vor Herausforderungen. Wer den Traum dennoch verwirklichen möchte, sollte seine Finanzierung umsichtig und gut geplant angehen.

Eine optimal zugeschnittene Baufinanzierung berücksichtigt nicht nur den Kaufpreis oder die Baukosten, sondern auch sämtliche Nebenkosten wie Grunderwerbsteuer, Notargebühren oder Maklerprovisionen. Damit die Finanzierung tragbar bleibt, sollte die monatliche Belastung – bestehend aus Zins und Tilgung – nicht mehr als 35 bis 40 Prozent des verfügbaren Nettoeinkommens betragen. Eine hohe Eigenkapitalquote ist der Schlüssel zu einer schlankeren Finanzierung. Je mehr Eigenmittel in das Projekt eingebracht werden können, desto geringer ist der Fremdfinanzierungsbedarf und damit auch die Zinslast. Förderprogramme, wie zum Beispiel von der KfW oder regionalen Anbietern, bieten zusätzliche Entlastung und sollten unbedingt geprüft werden. Zu den häufigsten Fehlern zählt das Unterschätzen der Gesamtkosten – insbesondere der Kaufnebenkosten – oder das Ignorieren langfristiger Zinsentwicklungen. Auch eine zu knappe Kalkulation oder zu optimistische Einkommensprognosen bergen Risiken. Wer zu früh auf eine Anschlussfinanzierung spekuliert oder Sondertilgungen nicht berücksichtigt, kann langfristig in Zahlungsschwierigkeiten geraten.

### Ausgezeichneter Baufinanzierer

Das dbb vorsorgewerk und sein exklusiver Kooperationspartner rund ums Banking, die BBBank, stehen in Sachen Baufinanzierung jederzeit Rede und Antwort. Gerade wurde die BBBank vom Deutschen Institut für Service-Qualität und ntv mit dem „Finanz-Award 2025“ in der Produktkategorie Baufinanzierung ausgezeichnet.

### Bester BBBank-Zins

Die BBBank gehört mit 455 000 Mitgliedern und einem Kundengeschäftsvolumen von über 37 Milliarden Euro zu den größten Genossenschaftsbanken in Deutschland. Ist oder wird der Kreditnehmer Mitglied der Genossenschaftsbank, wird stets ein zusätzlicher Zinsrabatt von 0,1 Prozent gewährt. Für alle dbb Mitglieder und ihre Angehörigen gibt es weiterhin den „besten BBBank-Zins“. Dank dieses bis Dezember 2025 verlängerten Aktionsangebots kann man ein fremdes Baufinanzierungsangebot bei der BBBank einreichen. Die BBBank wird ein entsprechendes Angebot mit einem günstigeren Zinssatz unterbreiten\*.

Über die Webseite [dbb-vorteilswelt.de](http://dbb-vorteilswelt.de) gelangt man zum Baufinanzierungsrechner. Mit dessen Hilfe lässt sich für das individuelle Vorhaben je nach Baukosten, Eigenkapital und Nebenkosten der effektive Jahreszins und die monatliche Rate ermitteln. Oder man vereinbart eine Beratung, zum Beispiel zu aktuellen Förderprogrammen.

\* Genaue Konditionen auf [www.dbb-vorteilswelt.de/baufinanzierungen](http://www.dbb-vorteilswelt.de/baufinanzierungen)

## Lesestoff für die tägliche Praxis

Beim DBB Verlag ([www.dbbverlag.de](http://www.dbbverlag.de)) sind u. a. folgende Ratgeber erhältlich:



### Ratgeber Beamten Basics – Besoldung Versorgung Beihilfe

Der Ratgeber enthält unverzichtbare Grundlagen zum Statusrecht, zur Bezahlung in Form des Besoldungsrechts, zur Alterssicherung durch das Versorgungsrecht sowie zum Thema Gesundheitsfürsorge als Beihilfe. Anhand von Übersichten, Merklisten, Gesetzesauszügen und Beispielen werden die Bundes- und Länderregelungen kurz und prägnant erläutert.



### Ratgeber Beamten Basics - Gesundheitssicherung, Beihilfe, Ergänzende PKV, Pflege

Dieser Ratgeber beantwortet alle wichtigen Fragen rund um die Gesundheitssicherung, z. B.:

- Wie sichere ich mich ab?
- Beihilfe: Wer bekommt sie? Wer zahlt was? Welche Aufwendungen werden übernommen?
- Bekomme ich Beihilfe im Pflegefall?

Mit einer kompakten und einfachen Darstellung, Infokästen und Zusammenfassungen richtet sich der Ratgeber an alle, die einen schnellen Überblick oder einen zielgerichteten Einstieg suchen.

Allgemein Interessierte werden genauso angesprochen wie Beamtenanwärter, Probebeamte, aber auch Versorgungsempfänger und Hinterbliebene von Beamten.

+++++

Sie möchten die **dbb Nachrichten direkt** und **kostenlos** ins **eigene Mailpostfach** geschickt bekommen? Kein Problem! Einfach bestellen per Mail an: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de)

+++++

## Mitglied in Fachgewerkschaft und dem dbb werden

 | Mitgliedschaft & Service

### Online-Beitritt

Sie möchten Mitglied im dbb beamtenbund und tarifunion werden?

Kein Problem! Schicken Sie einfach folgende Angaben an uns. Wir leiten alles Weitere für Sie in die Wege.

Die mit \* gekennzeichneten Felder sind Pflichtfelder

**Persönliche und dienstliche Angaben**

Vorname\*  Nachname\*

Straße und Hausnummer\*

PLZ\*  Wohnort\*

Geburtsdatum\*  E-Mail\*

Dienststelle\*  Arbeitgeber\*

Beschäftigt als\*

### Sieben gute Gründe für eine Mitgliedschaft Als Mitglied einer dbb-Gewerkschaft...

...werden Ihre Interessen von einer durchsetzungsstarken Solidargemeinschaft mit 1,3 Millionen Mitgliedern wirksam vertreten.

...können Sie selbst im Kreis interessierter Kolleginnen und Kollegen Ihren Teil an einer zukunftsfähigen Gestaltung des öffentlichen Dienstes beitragen.

...werden Sie in allen berufsspezifischen Fragen und über jede Entwicklung im öffentlichen Dienst bestens informiert.

...ist Ihnen Unterstützung in beamtenrechtlichen und tarifvertraglichen Fragen sicher.

...genießen Sie Rechtsschutz in beruflichen

Rechtsstreitigkeiten.

...stehen Ihnen viele Vorteilsangebote starker Partner offen.

...können Sie auf das breitgefächerte Schulungsangebot der **dbb akademie** zurückgreifen.

### Wie werde ich Mitglied?

Der dbb ist eine Spitzenorganisation, die aus Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes und des privaten Dienstleistungssektors besteht. Mitglied wird man deshalb nicht beim dbb unmittelbar, sondern bei der für den Dienst- bzw. Arbeitsbereich zuständigen Fachgewerkschaft.

### Wie viel Mitgliedsbeitrag muss ich zahlen?

Diese oft gestellte Frage kann nur von den Fachgewerkschaften beantwortet werden, denn sie erheben die Mitgliedsbeiträge und nicht die Spitzenorganisation. Die Mitgliedsgewerkschaften sind neben allen berufspolitischen Fachfragen u.a. auch für die Gewährung von Rechts- und Versicherungsschutz zuständig. Das oben stehende Online-Beitrittsformular finden Sie unter:

<https://www.dbb-hessen.de/mitgliedschaft/online-beitritt/>

Einkommensrunden – egal ob mit Bund, Kommunen, den Ländern oder anderen Arbeitgebenden – gehen jeden an. Alle sind betroffen. Das Ergebnis ist offen. Sie können es mitgestalten – durch Mitmachen oder Fernbleiben! Die Einkommensrunden finden auch vor Ort statt, in Ihrer Verwaltung, in Ihrem Betrieb. Dort werden die Ergebnisse wirksam. Handeln Sie, sonst wird über Sie verhandelt!

**Treten Sie in Aktion, werden Sie Mitglied in einer unserer Fachgewerkschaften!**

Wir bieten Fachkompetenz vor Ort und eine zentrale Verhandlungsmacht für Arbeitnehmende, Beamtinnen und Beamte. Ihre berechtigten Interessen lassen sich oftmals nur im Konflikt durchsetzen. Gewerkschaften werden jedoch auch im Alltag dringend gebraucht.

Die **dbb Fachgewerkschaften bieten** konsequente **Interessenvertretung, Fortbildung** und **Rechtsschutz** rund um die Arbeit. Unsere **Personal-** und **Betriebsräte/-rätinnen** gestalten die Arbeitswirklichkeit vor Ort. Über unsere Medien **informieren wir** Sie über alle wichtigen tarif- und beamtenpolitischen Themen.

## Impressum

V.i.S.d.P.: dbb Hessen, Andreas Nöthen (Pressesprecher, Kürzel: noe), Europa-Allee 103 (Praedium), 60486 Frankfurt

Mail: [presse@dbbhessen.de](mailto:presse@dbbhessen.de).



**dbb**  
**vorsorgewerk**  
günstig • fair • nah



**dbb**  
**vorteilswelt**